

Anja Besand

# VON ZIELGRUPPEN ZU RÄUMEN<sup>1</sup>

Oder: Wie eine inklusive politische Bildung gelingen kann



© John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie – Abendschule - Illustration Johanna Benz

Wenn wir an politische Bildung denken, dann denken wir an ein Angebot, das Menschen stärken soll, sich im komplexen Feld politischer Fragen selbstbestimmt zu orientieren. Es geht um die Stärkung politischer Urteilsfähigkeit und politischer Handlungsfähigkeit, um Mündigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung. So weit so unstrittig. Aber das sind natürlich große Ziele, die in der täglichen Arbeit oft heruntergebrochen werden. Je nach Perspektive steht dann auch mal die Stärkung von politischem Interesse, die Förderung der Bereitschaft von Partizipation oder auch der Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten im Vordergrund. Aber politische Bildung ist ein besonderer Bildungsbereich, deshalb macht es an dieser Stelle vielleicht auch Sinn darüber nachzudenken, um was es uns in diesem Zusammenhang nicht geht. In der politischen Bildung - und zwar sowohl schulisch als auch außerschulisch - geht es *nicht* um eine wie auch immer geartete Propädeutik. Zumindest wenn wir Propädeutik verstehen als eine Bildung, die auf ein wissenschaftliches Studium eines bestimmten Faches oder Subjektes vorbereitet. Wir brauchen politische Bildung nicht nur für zukünftige Politik- oder Sozialwissenschaftler:innen. Politische Bildung versteht sich auch nicht als Elitenbildung. Es geht hier nicht allein um die Ausbildung von politischen Amts- oder Entscheidungsträger:innen. Es geht vielmehr um die Grundlage und Ermöglichung politischer Mitgestaltung von *allen* Menschen (vgl. Besand 2017). Wir sagen *allen Menschen* und nicht *alle Bürger:innen*, denn Politische Bildung ist auch nicht den Staatsbürger:innen vorbehalten (vgl. Salomon 2012) und vermittelt deshalb auch nicht alleine die Fähigkeit oder Bereitschaft, die nötig ist um eine reflektierte Wahlentscheidung zu treffen. So wie es in der Politik in letzter Konsequenz um die Frage geht, wie wir zusammen leben wollen - geht es in

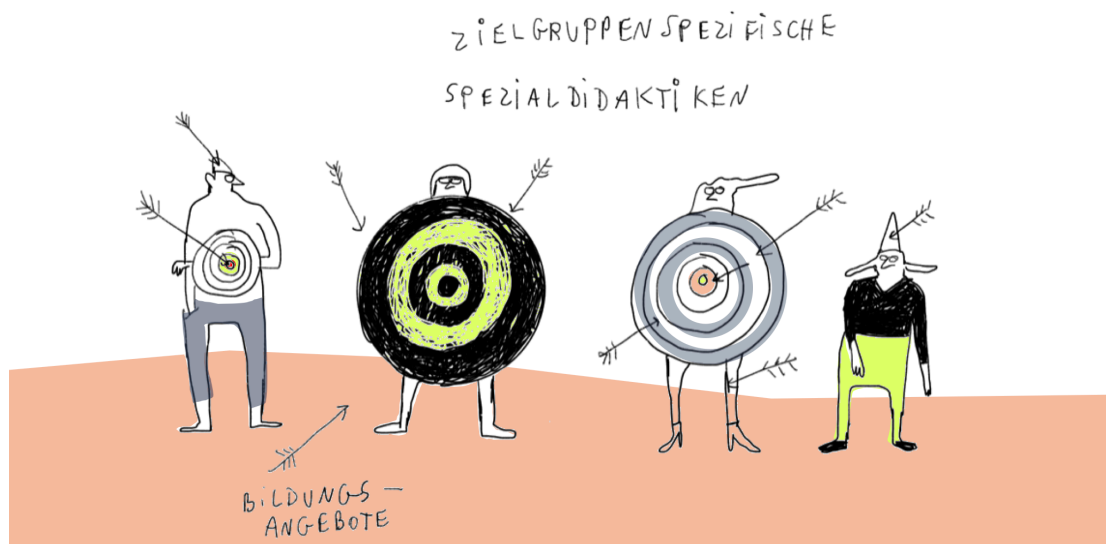
<sup>1</sup> Dieser Text entstand ursprünglich als Grundlage einer Audio-Lecture der John-Dewey- Abendschule und ist aus diesem Grund als gesprochener und illustrierter Text auch online zugänglich. Sie finden ihn unter: <https://www.youtube.com/channel/UCkagX2s3AC2-qCNOZbtzTNw/videos>

der politischen Bildung um die Förderung der Fähigkeiten, die nötig sind, sich über diese Frage gewaltfrei zu verständigen. Das ist eigentlich auch kein wirklich neuer Gedanke. Denn die Ermöglichung politischer Teilhabe für alle bildet von jeher den Ausgangspunkt politischer Bildung.

Zu der Frage, ob und inwiefern die politische Bildung diesem Anspruch gerecht wird, wurde in den vergangenen Jahren sehr viel diskutiert (vgl. Besand/Jugel 2015). Das Problem, das wir in der politischen Bildung und zwar insbesondere in der außerschulischen politischen Jugend und Erwachsenenbildung haben, ist nämlich, dass wir auf Freiwilligkeit angewiesen sind und wir deshalb über lange Zeit im Rahmen von Bildungsangeboten nicht selten nur bereits vorinteressierte Menschen erreicht haben (vgl. ebd.). Für dieses Problem gibt es viele Beschreibungen. Wir bekehren nur die Bekehrten, sagen manche in diesem Zusammenhang - wir tragen Eulen nach Athen - ist ein anderer passender Sinnspruch. Im Englischen sagt man sinngemäß auch: wir tragen Sand an den Strand. Das wollen wir nicht – das will niemand - dazu ist das Ganze zu viel Arbeit und kostet zu viel Geld.

### **WIR MÜSSEN AUFHÖREN SAND AN DEN STRAND ZU TRAGEN**

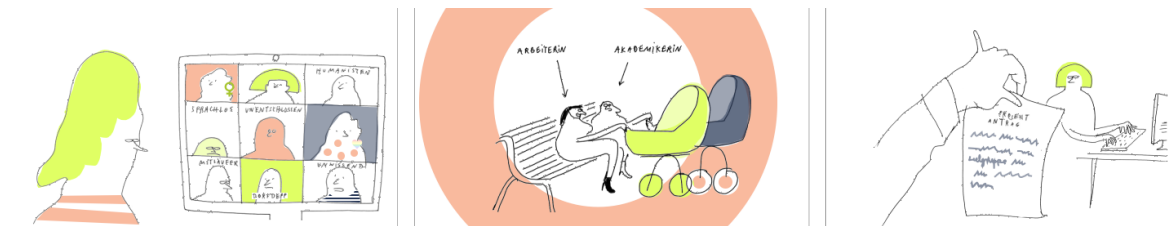
Aber wie erreichen wir die, die nicht bereits freiwillig zu uns kommen? Der Zielgruppenansatz versprach eine Lösung. Wir arbeiten einfach an ganz speziellen Angeboten für bislang noch wenig erreichte Zielgruppen. Eigentlich eine gute Idee : Politische Bildung für „politisch Verdrossene“, „politische Bildung für politikferne Gruppen“, „politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“, „Orientierungskurs für zugewanderte Menschen“ oder „politische Bildung im ländlichen Raum“. Das alles sind Überschriften und Begriffe, unter denen die entsprechenden Debatten zusammengefasst werden können. Gemeinsam haben diese Debatten, dass sie oft von defizitorientierten Zielgruppenbeschreibungen ausgehen, die sich empirisch nur sehr schwer nachvollziehen lassen (vgl. ebd.). Denn man kann sich ja schon fragen: Welche besondere politische Bildung brauchen Menschen jenseits der urbanen Zentren? Brauchen Frauen eine andere politische Bildung als Männer, cis-Menschen eine andere als queere? Wie sieht es mit den Menschen im Osten aus? Brauchen auch die eine andere politische Bildung als die im Westen? So wie ich die Frage hier formuliere, hören Sie schon heraus, dass ich dazu neige, diese Fragen alle mit NEIN zu beantworten. Aber ich bitte Sie wirklich selbst einmal über diese Frage nachzudenken. Und damit wären wir dann auch automatisch bei unserer nächsten Frage.



© John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie – Abendschule - Illustration Johanna Benz

## BRAUCHEN WIR IN DER POLITISCHEN BILDUNG LAUTER ZIELGRUPPENSPEZIFISCHE SPEZIALDIDAKTIKEN?

Selbstverständlich sind Menschen unterschiedlich. Sie haben unterschiedliche Ressourcen sich über politische Fragen Gedanken zu machen, sie machen unterschiedliche Erfahrungen, haben unterschiedliche Probleme und Bedürfnisse, müssen unterschiedliche Herausforderungen bewältigen. Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern hat eine andere Perspektive auf politische Fragen als ein Schweinebauer, der sich über die europäische Landwirtschaftspolitik ärgert oder eine jugendliche Klimaaktivistin, die sich für CO2 Reduzierung einsetzt. Die alleinerziehende Mutter teilt diese Perspektive aber mit sehr vielen anderen Müttern und Vätern unabhängig von Wohnort, Herkunft, Geschlecht, Alter und (wie vielfältige Studien belegen) auch Bildungsvorerfahrungen (vgl. Bertelsmann 2021).



© John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie – Abendschule - Illustration Johanna Benz

Genauso schneiden wir Zielgruppenbeschreibungen aber in der Regel zu. Wenn wir uns Projektanträge im Bereich der politischen Bildung ansehen, dann ist das oft das erste was sich erkennen lässt: Für wen ist das eigentlich? Wir machen Bildungsangebote für bestimmte Altersgruppen, wir berücksichtigen Bildungsvorerfahrungen, soziale Lagen, Herkunft und Geschlecht und seit Neustem denken wir verstärkt über Strategien nach, mit denen sich der sogenannte ländliche Raum besser erreichen lässt. Warum machen wir das?

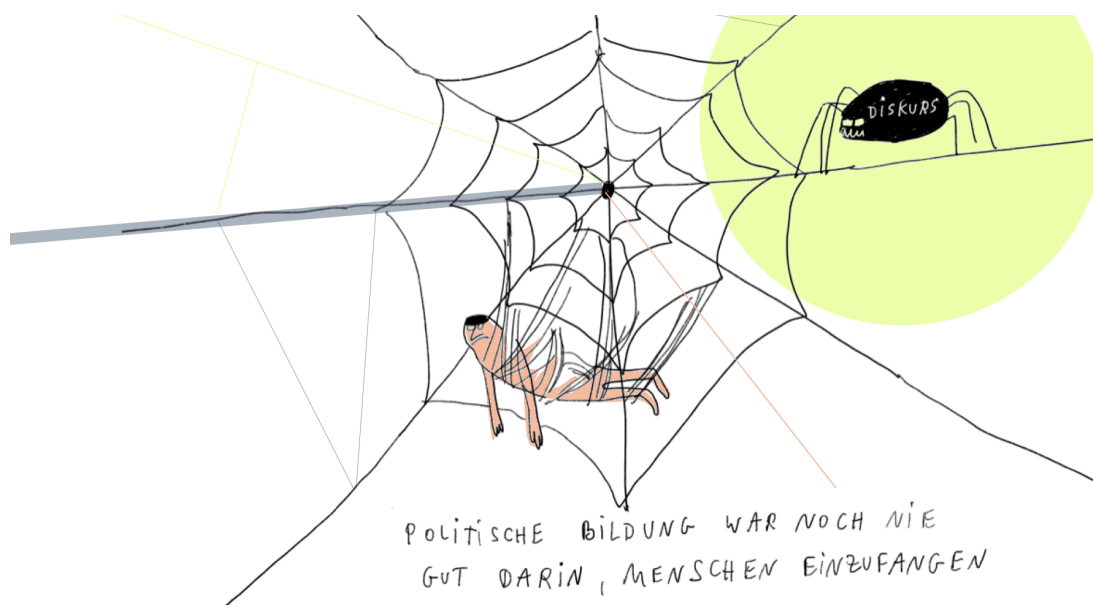
Natürlich nur aus den allerbesten Absichten heraus. Und weil die Fördermittelgeber:innen das von uns verlangen. Genau das ist natürlich auch ein überaus schlagender Grund und solange das so ist, werden wir es auch weiter tun müssen. Aber in der politischen Bildung geht es um selbstbestimmtes Denken und deshalb sind wir als politische Subjekte schon aufgefordert auch selbstbestimmt und kritisch über diese Frage nachzudenken. Also noch

einmal: Warum denken wir in der politischen Bildung so viel über Zielgruppen nach und warum spielen Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, soziale Lage und Bildungsvorerfahrung hier eine so große Rolle?

## ÜBER DIE SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN DER ZUWENDUNG ZU BESTIMMTEN GRUPPEN

Über lange Zeit haben wir uns an *junge Menschen* gerichtet, weil wir davon ausgegangen sind, dass sich diese nicht von alleine für Politik interessieren und weil junge Menschen natürlich sowieso noch viel zu lernen haben. Wir haben uns an *zugewanderte Menschen* gerichtet, weil diese (vermeintlich) Hilfe benötigen, sich in der neuen (politischen) Umgebung zu orientieren, unsere Werte und Normen kennenlernen müssen u.v.m. Wir haben uns an Menschen gerichtet, die wir als „bildungsfern“ beschrieben haben, weil sie eben „bildungsfern“ sind und wir ihnen Bildung anbieten möchten. Hier ist es uns am schnellsten aufgefallen. „*Bildungsfern*“, das ist ein furchtbares Wort. Wir haben es dann mit „*Politikfern*“ versucht – aber da kam dann schnell die Frage auf, wer das eigentlich ist – die Hauptschülerin oder der Maschinenbauprofessor. „*Menschen in prekären Lebenslagen*“ war dann noch so ein Versuch. Aber wer will schon so genannt werden?

Bei genauer Betrachtung beinhalten allerdings fast alle Begriffe, die wir zur Zielgruppenbeschreibung verwenden, solche *Invektiven* - also Herabsetzungen und Zuschreibungen. Sie könnten jetzt sagen ich bin überempfindlich. Was ist denn herabsetzend, wenn wir von Menschen aus dem ländlichen Raum sprechen? Die wohnen doch wirklich da – das wird man wohl noch sagen dürfen. Na klar darf man das sagen. Die Frage ist eher warum wir in der politischen Bildung auf einmal so besessen davon sind, Bildungsangebote genau an diese Zielgruppe heranzutragen? Glauben wir, die haben es noch nicht begriffen? Die haben den Schuss nicht gehört? Wir müssen Menschen aus den ländlichen Räumen durch politische Bildung wieder für einen vernünftigen politischen Prozess einfangen (vgl. Löffler 2022)?



Politische Bildung war noch nie gut darin, Menschen einzufangen und das ist auch nicht ihre Aufgabe. Es geht vielmehr darum Diskurse zu organisieren, sich über Kontroversen zu streiten, zu gemeinsamen ausgewogenen Lösungen zu kommen.

Verstehen sie mich nicht falsch: Pragmatisch macht es durchaus Sinn sich über Zielgruppen Gedanken zu machen, die man systematisch nicht erreicht und zumindest in einer Übergangszeit auch Angebote speziell für diese Zielgruppe zu entwickeln, um Erfahrungen zu machen und selbst lernen zu können, wo Interessen, spezifische Bedürfnisse und Herausforderungen bestehen, mit dieser Zielgruppe zu arbeiten. Auch Schutzräume können sinnvoll sein, um z.B. mit Opfern rassistischer Gewalt arbeiten zu können ohne sie gleichzeitig dieser Gewalt auszusetzen (vgl. Mohseni 2020) . Aber aufs Ganze gesehen können wir nicht mit einer Segregation von Zielgruppen zufrieden sein in einem Bildungsbereich, in dem die Kontroverse im Mittelpunkt stehen soll, in dem Austausch organisiert oder mit einem Wort der pluralistisch orientiert sein soll.

### **EIN BEISPIEL**

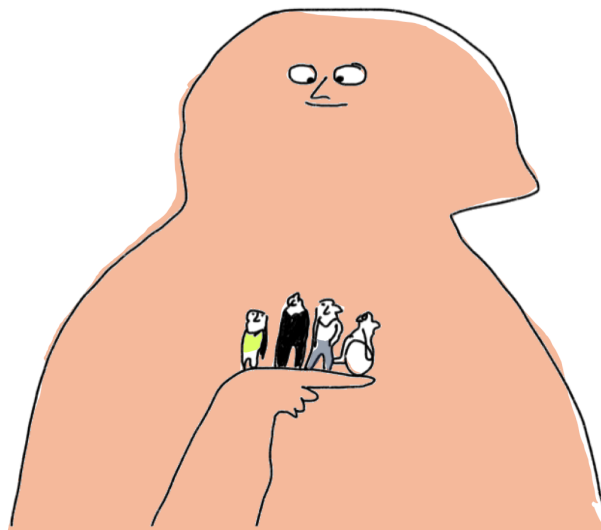
Vielleicht hilft es, wenn wir das an einem ganz konkreten Beispiel besprechen. Wir versetzen uns dazu noch einmal in das Frühjahr 2020. Wir reiten gerade die erste Welle der Pandemie. In Deutschland sind Infektions- und Inzidenzwerte im Rückblick betrachtet zwar noch vergleichsweise moderat. Aber wir haben durch die schrecklichen Bilder aus Bergamo und New York gesehen, wie es aussieht, wenn die Pandemie außer Kontrolle gerät. Deutschland befindet sich im ersten sogenannten „Lockdown“ und bereits jetzt werden die ersten gesellschaftlichen Gräben sichtbar. Gräben zwischen den Menschen, die ängstlich zuhause bleiben, Gesichtsmasken tragen und sich an Kontaktbeschränkungen halten - auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite Menschen, die ihre Freiheitsrechte einklagen, auf die Politiker:innen schimpfen, Massendemonstrationen organisieren und später dann auch auf die Impfung verzichten werden. Die Lage ist angespannt. Das sächsische Sozial- und Gesundheitsministerium organisiert Dialogveranstaltungen im ländlichen Raum auf Marktplätzen und in Gemeindesälen. Die engagierte Sozialministerin steht den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort. Aber halt! Die Bürgerinnen und Bürger - wer ist das? Wer kommt auf den Marktplatz, um mit der Ministerin zu sprechen – wer nimmt ein solches Veranstaltungsangebot an? Infektionsängstliche Menschen wohl eher nicht. Wir sind im Frühjahr 2020, das Virus hatte noch nichts von seinem Schrecken verloren. Ein Impfstoff war in weiter Ferne. Vieles war unklar. Der einzige Ort, an dem zu dieser konkreten Zeit noch alle Menschen zusammen kommen (und selbst das ist eine zu pauschale Aussage), sind die Supermärkte. Die sogenannten Geschäfte des alltäglichen Bedarfs. Hier müssen alle hin – das lässt sich nicht vermeiden. Aber eine Marktplatzveranstaltung oder eine Veranstaltung in einer Gemeindehalle – das können nur die Unängstlichen bzw. die, die aus welchen Gründen auch immer glauben, dass sie das Virus schon überstehen werden.

Was bedeutet das jetzt für unser Beispiel? Hier kommt es ein bisschen darauf an, was die Ministerin mit ihrer Initiative erreichen wollte (und das können wir ehrlicher Weise nicht ganz genau wissen). Aber wenn wir dieses Beispiel als analytische Folie nutzen um zu verstehen, in welche Fallen politische Bildung tappen kann, dann kann man sagen: Das was hier passiert, passiert auch in der politischen Bildung nicht selten. Denn wenn hier eine gesellschaftliche Debatte organisiert werden sollte – dann war die Idee zum Scheitern verurteilt, weil nur eine Seite anwesend sein kann. Wenn es der Ministerin statt dessen,

eher im Sinne einer Anhörung, darum ging, sich die Sorgen und Ängste der Menschen zugänglich zu machen, dann hat sie auf diesem Weg nur bestimmte Perspektiven kennen gelernt. In beiden Fällen ist das eher schlecht. Und warum ist das passiert? Weil man sich über Format und Raum zu wenig Gedanken gemacht hat. Zu einem Präsenzformat auf einem Marktplatz oder einer Gemeindehalle hatte nur eine Konfliktpartei Zugang und das waren die, die das Virus im Schnitt für harmlos hielten.

So, ich hoffe das Beispiel konnte in bisschen illustrieren, um was es hier geht. Natürlich kann man sich trotzdem fragen: Was passiert, wenn wir in der politischen Bildung statt auf Zielgruppen zu schießen, damit beginnen, über Räume nachzudenken? Zum einen – und das ist schon mal eine gute Sache - verschiebt sich die Defizitzuschreibung. Der Fokus auf den Raum verschiebt nämlich die Frage nach der der Zugangsbarrieren von den Menschen auf die Räume. Es ist dann nicht mehr der vermeintlich bildungs-, politik- oder sonstwieferne Mensch, sondern der unzugängliche Raum, der den Bildungserfolg gefährdet. Der Blick wird damit frei dafür wahrzunehmen, dass Zugangsbarrieren oft mehrere sehr unterschiedliche Menschen oder Menschengruppen betreffen.

NICHT AUF ZIELGRUPPEN SCHIEßEN !



© John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie – Abendschule - Illustration Johanna Benz

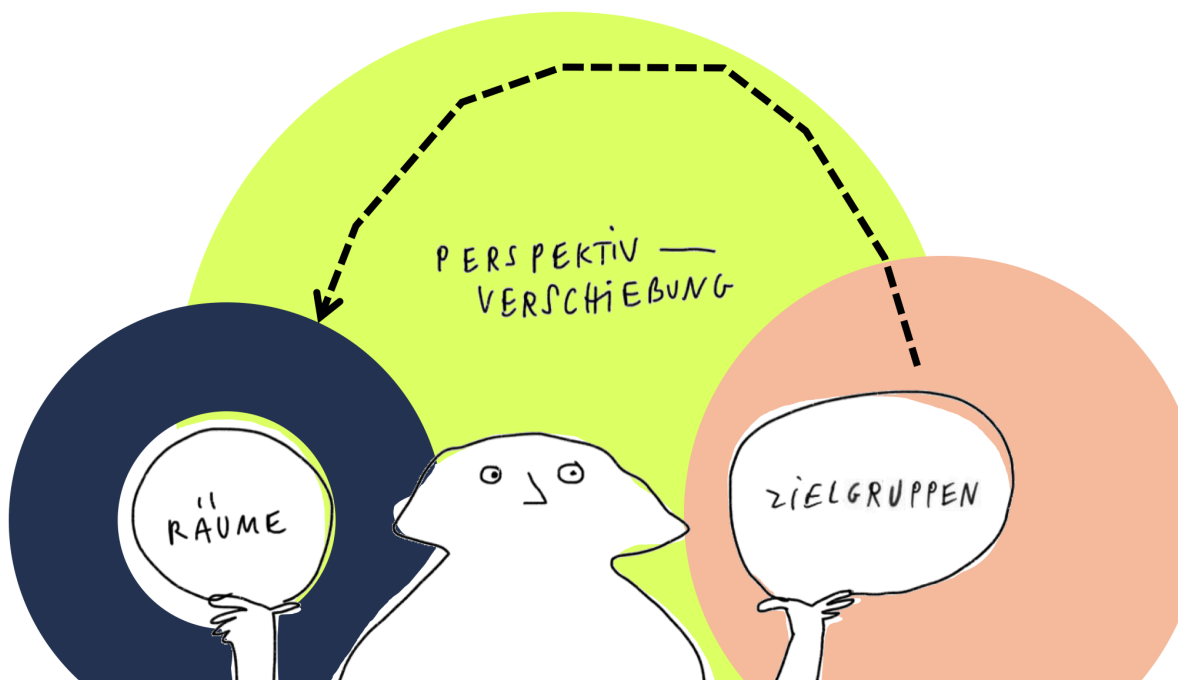
### **WAS IST MIT ZUGANGSBARRIEREN GEMEINT?**

Zugangsbarrieren können tatsächlich architektonisch sein. Weil der Raum für bestimmte Menschen nicht erreichbar oder betretbar ist. Am offensichtlichsten ist das bei Rollstuhlfahrerinnen, aber es betrifft - wie wir in unserem Pandemiebeispiel gesehen haben - nicht nur Menschen mit motorischen Einschränkungen. Ein Raum kann schwer erreichbar sein, weil er nicht an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen ist, die Anreise zu teuer ist, die Lage unbekannt, weil er digital auf Plattformen platziert ist, die nicht von allen genutzt werden können, oder weil sich Menschen in diesem Raum schlicht nicht sicher fühlen, u.ä.m. Es sind aber auch andere Zugangsbarrieren möglich, sprachliche und kommunikative beispielsweise, weil die Sprache, die verwendet wird, nicht zugänglich oder verständlich ist. Das ist sogar eine recht typische Zugangsbarriere im Feld politischer Bildung. Denn das Sprechen über Politik ist nicht selten sehr akademisch und/oder voraussetzungsvoll und

schreckt damit viele Menschen ab. Von Kommunikativen oder sozialen Zugangsbarrieren würde man sprechen, wenn die Information über die Existenz eines Angebots bestimmte Menschen erst gar nicht erreicht, oder sie keinen Menschen kennen, der dieses Angebot an diesem Ort mit ihnen gemeinsam annehmen würde. Zugangsbarrieren können auch kulturell oder ästhetisch strukturiert sein. Die Friedrich Ebert Stiftung hat vor vielen Jahren z.B. einmal eine spannende Studie zur ästhetischen Struktur ihrer Tagungsstätten anfertigen lassen und in diesem Rahmen festgestellt, dass diese Räume nur ein ganz bestimmtes gesellschaftliches Milieu ansprechen und sich nur dieses Milieu in diesen Räumen wirklich wohl fühlt (vgl. Flaig 1997). Das kann man jetzt sehr kleinlich und etepetete finden, aber leider wirkt sich auch so etwas aus. Wie sehen unsere Angebote also aus? (vgl. Besand 2004) Man könnte diese Aufzählung jetzt noch eine ganze Weile fortsetzen – man könnte über Machtstrukturen sprechen und ähnliches mehr.

### VON ZIELGRUPPEN ZU RÄUMEN

Aber es geht uns ja hier nicht im Kern um die Frage nach Zugangsbarrieren und Ausschluss von politischer Bildung, sondern um die Perspektivverschiebung, die gelingt, wenn wir unseren Blick weg von Zielgruppen stärker hin zu Räumen richten. Eine der wesentlichen Dinge, die in diesem Zusammenhang passieren, ist, dass die Eigenschaften, die den Bildungserfolg gefährden, sich (auf der Zuschreibungsebene) von den Menschen zu den Räumen verschieben. Das ist für uns – die wir Interesse am Gelingen politischer Bildung haben – eine gute Nachricht. Denn die Räume können wir verändern, die Menschen nicht. Wir können und sollten uns also Räume suchen, die für viele Menschen gleichzeitig zugänglich sind. Räume, in denen sich soziale Gruppen begegnen. Das passt gut zu uns. Denn – wie gesagt – geht es in der Politischen Bildung ja niemals nur um eine Perspektive.



Mit der Perspektivverschiebung auf den Raum passiert aber noch etwas anderes. Denn wenn ich mir im Hinblick auf die Gestaltung von Angeboten zur politischen Bildung mehr Gedanken über den Raum mache, verschiebt sich gleichzeitig auch der Fokus von den



Inhalten auf den Vermittlungsprozess. Aber das ist ein komplizierter Gedanke, für den es sich vielleicht lohnt ein kleines bisschen auszuholen. Man könnte sich z.B. fragen, warum der Raum nicht schon lange im Mittelpunkt der Überlegungen zu Vermittlungsfragen politischer Bildung steht. Und eine Antwort auf diese Frage ist sicherlich: Wenn wir Angebote zur politischen Bildung machen, dann denken wir oft zuerst darüber nach, was eigentlich die spannenden Inhalte sind und wer diese am besten vermitteln kann. Wir suchen interessante Referent:innen oder Zeitzeug:innen oder Diskutant:innen oder ähnliches. Um sie bauen wir das Angebot herum. Der Raum ist uns in diesem Zusammenhang mehr oder weniger egal. Es soll nicht reinregnen, alle sollen sitzen können, es soll warm genug sein, hoffentlich gibt es Kaffee. Aber das ist schon mehr oder weniger alles. Die Bildungsangebote werden um die Sprecher:innen herum gedacht. Wenn es nötig ist, gehen wir auch zur Zielgruppe, also z.B. in die Schule, in die Kirche, in den Gemeindesaal. Aber der Raum wird lediglich als das Gefäß verstanden, das Kommunikation oder Präsentation sicherstellt soll.

Wenn wir den Raum aus Ausgangspunkt des Bildungsprozess verstehen, verändert oder relativiert sich möglicherweise die Position der Sprechenden. Das lässt sich erneut an unserem Beispiel verdeutlichen. In unserem Beispiel haben wir ja festgestellt, dass es unter den Bedingungen der Pandemie nicht sinnvoll gewesen ist, ein Präsenzveranstaltungsformat zu wählen, das alle infektionsängstlichen Menschen ausschließt. Man hätte vielleicht ein digitales Format wählen sollen. Aber das hätte vermutlich auch nur eine bestimmte Gruppe - also digital affine Menschen – angesprochen.

## **POLITISCHE BILDUNG IM SUPERMARKT**

Wenn man - wie angedeutet - wirklich in die Supermärkte gegangen wäre, hätte das Ganze anders aussehen müssen. In der Gemüseabteilung führen wir wahrscheinlich keine Diskussionsveranstaltung durch (auch wenn der Gedanke reizvoll ist). Menschen verbringen im Supermarkt auch keinen Nachmittag. Es geht also um ein deliberatives Format, das die Chance nutzt, dass viele Menschen den Supermarkt betreten, aber nie allzu viele gleichzeitig vor Ort sind. Wir in der John Dewey Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie schlagen deshalb Abstimmungsgeräte vor, mit deren Hilfe Menschen zu bestimmten Fragen ihrer Meinung ausdrücken können und alle, die nach ihnen kommen, auf diese Meinungsäußerungen reagieren. In Museen lassen sich solche Installationen heute schon beobachten. Es geht um sogenannte Partizipativa. Oder mit anderen Worten: um Austauschformate, die in der Lage sind, geduldig in Räumen zu warten, bis sie tatsächlich angenommen werden.

## **POLITISCHE BILDUNG IN DER HUNDESCHULE**



Ich kann das aber auch noch an einem weiteren Beispiel verdeutlichen. Im Sommer 2021 haben wir in der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie in diesem Sinne ein Angebot zur politischen Bildung in einer Hundeschule platziert. In Hundeschulen



treffen sich ganz unterschiedliche Menschen und trainieren mit ihren (oft noch eher unerzogenen) Hunden Alltagssituationen. Eine solche Alltagssituation besteht zum Beispiel darin, dass mehrere Menschen mit mehreren Menschen zusammen in der Gegend herumstehen und sich unterhalten. Die Hunde haben dabei ruhig zu sein. Die Menschen können sprechen, über was auch immer sie möchten. In unserem Fall waren das im Regelfall die politischen Bewältigungsstrategien der Coronakrise. Pro und Contra Impfpflicht, die politische Begründbarkeit der Einschränkung von Freiheitsrechten – Sie können sich das wahrscheinlich vorstellen. Die Chance in diesem Format liegt in der Zufälligkeit der Gruppenzusammensetzung und der Bindung, die die Menschen in der Gruppe bereits entwickelt haben. Man kennt sich und mag sich, denn alle kümmern sich nett um ihre Hunde, politisch ist man unter Umständen aber weit auseinander. Das war ein wunderbares Format. Aber es verlangt Geduld und die Bereitschaft zum Kontrollverlust, wie Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, sagen würde (vgl. Krüger 2018, S. 16ff). Wir haben in solchen Formaten nicht alles in der Hand. Sie lassen sich sehr viel schlechter planen – im Sinne einer ernstgenommenen Didaktik der Demokratie sind sie aber ungeheuer spannend.

## AUFSUCHENDE ANGEBOTE POLITISCHER BILDUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Ein weiteres Instrument, das wir in der Forschungsstelle für raumbezogene politische Bildung entwickelt haben, ist die Gerüchteküche. Die Gerüchteküche ist im Kern eine kleine fahrbare Küche, mit deren Hilfe sich Kaffee oder Würstchen oder auch coole Getränke an x-beliebigen Orten bereitstellen lassen. Ihr Name deutet ihre Funktion schon an. Es geht uns mit der Gerüchteküche nämlich darum, über Verschwörungserzählungen ins Gespräch zu kommen. Auch an diesem Beispiel lässt sich erkennen, dass wir dafür werben wollen, sich mit Angeboten zur politischen Bildung nicht in einem abgelegenen Tagungs- oder Veranstaltungsort zurückzuziehen und darauf zu warten, wer zu uns findet, sondern dahin zu gehen, wo die Debatten sowieso stattfinden.

Ich belasse es bei diesen Beispielen. Sie sind nur zur Illustration gedacht und sollen Ihre Phantasie anregen, über politische Bildung auf neue veränderte Weise nachzudenken. Es ist auch nicht so, dass es sowas noch nicht gibt. In der Sozialen Arbeit lassen sich solche Ideen verknüpfen mit bereits etablierten Konzepten wie denen des Sozialraumansatzes (vgl. Deinet

2009; Reutlinger/Sturzenhecker 2021). Bei diesem Ansatz geht es darum, über die herkömmlichen Einzelfallhilfen hinauszugehen, eine bevormundende Pädagogisierung zu überwinden und statt dessen Lebenswelten so zu gestalten oder Verhältnisse zu schaffen, die es Menschen ermöglichen, sich selbstbestimmt weiterzuentwickeln. Anregend können auch szenographische oder museale Ansätze sein, die sich damit auseinandersetzen, wie Menschen in oder auch jenseits von Museen oder Ausstellungen miteinander oder mit einer bestimmten Frage interagieren können (vgl. beispielsweise Bauer 2017; Piontek 2017). Eine letzte Quelle der Inspiration könnten Sie vielleicht auch in reggiopädagogischen Ansätzen finden, in denen der Raum als dritter Erzieher verstanden wird (vgl. Voigt 2007). Das hat in seiner ursprünglichen Form nichts mit politischer Bildung zu tun, aber mit einer demokratischen Pädagogik, die für schulische und vorschulische Arbeit einmal sehr impulsgebend gewesen – dann aber weitgehend in Vergessenheit geraten – ist.

## Literatur

Bauer, Joachim (2015): Museumsanalyse: Methoden und Konturen eines neuen Forschungsfeldes. transcript Verlag.

Bertelsmann (hrsg.) 2021 Trotz Arbeit abgehängt: Armutsrisiko von Alleinerziehenden verharrt auf hohem Niveau Studie online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/juli/armutsrisiko-von-alleinerziehenden-verharrt-auf-hohem-niveau>

Besand, Anja/Hölzel, Tina/Jugel, David (2018): Inklusives politisches Lernen im Stadion - Politische Bildung mit unbekanntem Spielverlauf - Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts Lernort Stadion, Dresden

Besand, Anja (2017): Von roten und von blauen Kreisen Oder: Wie kommen wir zu einer inklusiveren politischen Bildung in Transferstelle politische Bildung Jahresbericht 2016 S. 29-34 Text online unter: [https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user\\_upload/Material/Jahresbroschuere-2016-TpB-Zugaenge-web.pdf](https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Material/Jahresbroschuere-2016-TpB-Zugaenge-web.pdf)

Besand, Anja/Jugel, David (2015): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien, in: C. Dönges/W. Hilpert/B.Zurstrassen (Hrsg.), Didaktik der inklusiven politischen Bildung, Bonn 2015, S. 99-109

Besand, Anja (2004): Angst vor der Oberfläche. Zum Verhältnis ästhetischen und politischen Lernens im Zeitalter Neuer Medien, Schwalbach/Ts. 2004

Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden, Praxiskonzepte. Wiesbaden, 3. überarbeitete Aufl.,

Flaig, Berthold/Meyer, Thomas/Ueltzenhöffer (1997): Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn

Krüger, Thomas (2018). # Demokratie. In: *weiter bilden*, 2018(02), 16-19.

Löffler, Roland (2022): Kleinstädte als Orte der Demokratiebildung. Redemanuskript online unter: [https://www.slpb.de/blog/kleinstaedte-als-orte-der-demokratiebildung?fbclid=IwAR0DsT0wkOdw8ZZnYKSHTZw6Di8W-Y8Kocmu3R\\_Cy7Al6e3WRipymzRI4Go](https://www.slpb.de/blog/kleinstaedte-als-orte-der-demokratiebildung?fbclid=IwAR0DsT0wkOdw8ZZnYKSHTZw6Di8W-Y8Kocmu3R_Cy7Al6e3WRipymzRI4Go)

Mohseni M. (2020) (Un-)Möglichkeiten von Empowerment-Workshops: Bedingungen des Gelingens aus der Perspektive von Professionellen of Color. In: Empowerment-Workshops für Menschen mit Rassismuserfahrungen. Wiesbaden.

Piontek, A. (2017). Museum und Partizipation: Theorie und Praxis kooperativer Ausstellungsprojekte und Beteiligungsangebote. Deutschland: transcript Verlag.

Reutlinger, Christian/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.) (2021): Den Sozialraumansatz weiterdenken Weinheim

Salomon, David (2012): Mündige Bürger oder Mündel der Bürgerlichkeit? Zur Kritik von Bürgerleitbildern in der politischen Bildung, in: Kluge, Sven/Lohmann, Ingrid (Hrsg.): Schöne neue Leitbilder. Jahrbuch für Pädagogik, Frankfurt/M., S. 73-86

Voigt, Nadine (2007). Reggiopädagogik - Der Raum als dritter Erzieher: Zum Einfluss der Raumgestaltung auf die Entwicklung und Förderung von Kindern